

Die Sprachenpolitik der EU: Festhalten an der Amtssprachenideologie oder Erleichterung des Arbeitssprachenalltags?*

JOACHIM BORN

1. Einleitung

Der deutsche Kabinettschef Marcell von Donat des ebenfalls deutschen EU-Kommissars Peter M. Schmidhuber beschreibt anschaulich, welche komplexe Strukturen das Sprachverhalten der EU charakterisieren, indem er den französischen Jesuiten Dominique Bouhours (1628-1702) zu Wort kommen läßt, der schon vor dreihundert Jahren zu der Erkenntnis gelangte:

"Die Chinesen und fast alle Asiaten singen, die Deutschen röcheln, die Spanier deklamieren, die Italiener seufzen, die Engländer zischen. Richtig besehen, sprechen nur die Franzosen" (von Donat 1993: 77).

Von Donat deutet:

"Natürlich glaubt das jeder Franzose noch heute. Nur, es ist ihm verboten, so zu denken, was er allerdings für Heuchelei hält. Mir geht es genau so. Jedem geht es so. Jeder findet seine Muttersprache besonders wohlklingend, präzise und klar, die Wörter der eigenen Sprache sind so passend. Das steckt tief im Menschen drin. Wer daran rührt, d.h. wer bei den 12 Nationen der Europäischen Gemeinschaft die Sprachenfrage aufwirft, sollte wissen, welche Geister er ruft. Die EG ist eine rationale

* Überarbeitete Fassung eines am 9.02.1994 an der Universität Bern gehaltenen Vortrags. Der Vortragsstil wurde beibehalten. Der Vortrag steht in Zusammenhang mit einem Projekt des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim, das die Stellung des Deutschen in der EG / EU untersuchte und an dem der Verfasser mitgewirkt hat.

Erfindung, die einzige geschichtliche Kraft, die Konflikte zu beherrschen vermag. Sie ist eine Kopfgeburd und deshalb anfällig für irrationale Auseinandersetzungen" (von Donat 1993: 77).

Die gegenseitige Wechselwirkung von Nation und europäischer Vielfalt schwebte schon Thomas Mann im Jahre 1926 vor, als er im "Vorwort zum deutschen Genius" die Behauptung aufstellte:

"Die Prinzipien demokratischer Sozialität und aristokratischen Individualismus aber schließen einander gerade für den deutschen Sinn so wenig aus, daß man ein Europa, welches das Ergebnis ihrer wechselseitigen Durchdringung wäre, Einheit als Vielfalt verwirklichte, nicht ohne Recht ein deutsches Europa nennen könnte" (Mann 1926: 659).

Und ein Vierteljahrhundert später formulierte der vielleicht europäischste aller großen Schriftsteller deutscher Sprache nach einem Besuch in der französischen Hauptstadt:

"Die Integrierung Europas auf Grund der geistigen Selbstbewaffnung Frankreichs, das wäre Europa nicht, von dem die »guten Europäer« geträumt haben. ... Es wäre auch nicht das Europa der besten Deutschen, die ein europäisches Deutschland wollen und kein deutsches Europa. Ein Überschuß an Selbstbewußtsein sei die französische Neigung zum Deutschen und keine Übergabe! Ein »faible« doch keine »faiblesse«" (Mann 1950: 516).

Auch die geistigen Väter der Europäischen Union, Robert Schumann und Jean Monnet, wußten, daß es ein dorniger Weg bis hin zu einem »Europa der Bürger«, einem Europa ohne Grenzen (auch ohne Sprachgrenzen) sein würde. Schon in der Déclaration Schuman vom 9. Mai 1950 - die Jean Monnet dem damaligen französischen Außenminister verfaßt hatte - sah der in Luxemburg geborene Lothringer, mithin personifizierte Europäer voraus:

"L'Europe ne se fera pas d'un coup ni dans une construction d'ensemble; elle se fera des réalisations concrètes créant d'abord une solidarité de fait" (zitiert nach Reich 1991: 331).

2. Die (sprachliche) Entstehungsgeschichte der Europäischen Gemeinschaften

Da ich nun bei den historischen Anfängen der »Europäischen Idee« angelangt bin, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich ein wenig aushole, Ihnen gleichsam die (sprachliche) Entstehungsgeschichte der Europäischen Gemeinschaften vorstelle. Europäische Gemeinschaften heisst die Organisation deswegen, weil in ihr die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (die EWG), die Euratom (die Europäische Atomgemeinschaft) und die EGKS (die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), vulgo Montanunion, zusammengefaßt sind. Wenn wir heute von EU sprechen, meinen wir in erster Linie die EWG, die den stärksten Einfluß auf unser Alltagsleben ausübt. Die EG wurde 1957 gegründet. Ihre Grundlagen, die Römischen Verträge, bestimmen in Artikel 217, daß "die Regelung der Sprachenfrage für die Organe der Gemeinschaft unbeschadet der Verfahrensordnung des Gerichtshofs vom Rat einstimmig getroffen wird". Die Richtlinie Nr. 1 legt fest, daß "offizielle EG-Sprachen die offiziellen Sprachen der Mitgliedstaaten" sind. Am 1. Januar 1958, als die Verträge in Kraft traten, waren dies sechs Mitgliedstaaten (in alphabetischer Reihenfolge: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande), mit vier offiziellen Amtssprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch. Die Erweiterung der EG brachte Dänemark, Großbritannien und Irland (1973), Griechenland (1981), Portugal und Spanien (1986) in die Organisationen. Das bedeutete, daß weitere fünf nationale Amtssprachen offizielle EG-Sprachen wurden: Dänisch, Englisch, Griechisch, Portugiesisch und Spanisch. So bilden also 1994 zwölf Nationen den »Gemeinsamen Markt«, zwölf Länder mit neun offiziellen Amtssprachen. Die Europäische Union beziehungsweise die europäische Identität wird in der Regel als multikulturell und plurilingual oder vielsprachig definiert.

3. Politische Gemeinschaften und Sprachenvielfalt

Sehr oft, wenn gemeinsame Werke politische Grenzen überschreiten, wird Sprachenvielfalt, wird Multilingualismus, als Bedrohung empfunden. Schon in der Bibel lesen wir:

"Wenn sie diesen Bau vollenden, wird ihnen nichts mehr unmöglich sein. Sie werden alles ausführen, was ihnen in den Sinn kommt. Ans Werk! Wir steigen hinab und verwirren ihre Sprache, damit keiner mehr den anderen versteht" (Genesis 11, 6-8).

Sie alle kennen die Geschichte vom Turm von Babel, den die Menschen etwa zweitausend Jahre vor unserer Zeitrechnung in ihrem Übermut erbauten, um sich gegen Gott aufzulehnen. Da dem Herrn dieses nicht gefiel, vertrieb er die Abtrünnigen aus dem Götzenwerk, und er strafte sie mit Mehrsprachigkeit. Das nennen wir heute oft die babylonische Sprachverwirrung. Dieses Bild wird sehr häufig auf die EU übertragen. Berichte über die Mehrsprachigkeit in Brüssel, Luxemburg und Straßburg werden häufig illustriert durch Pieter Breughels bekanntes Werk aus dem 16. Jahrhundert "Der Turmbau zu Babel" (siehe hierzu auch Born 1993).

Folgen wir der Bibel, so wurde also Vielsprachigkeit als Kommunikationsbarriere aufgebaut, und noch viele Jahrhunderte nach der Zeitenwende glaubte man, die Koexistenz so vieler auf der Erde gesprochener Sprachen gründe auf diesem biblischen Verdikt. Dennoch waren vielsprachige und multikulturelle Gesellschaften schon immer selbstverständlich. Die Hochkulturen der Antike, seien es Babylon, Athen oder Rom, waren alle geprägt durch das Zusammenleben von Menschen, die unterschiedlicher Herkunft und somit unterschiedlicher Sprache waren. Man trieb Handel mit anderssprachigen Kaufleuten, hielt sich Sklaven aus fernen Ländern und brachte nicht zuletzt von Eroberungszügen Frauen aus fremden Ländern mit. Dennoch war über Jahrhunderte hinweg - so mag es zumindest scheinen - Mehrsprachigkeit das Privileg einer herrschenden Schicht, einer elitären Gruppe der Bevölkerung. Daß dies oft so erscheint, liegt daran, daß unsere Geschichtsschreibung sich in der Regel am geschriebenen Wort orientiert. Das geschriebene Wort war bis ins hohe Mittelalter hinein eine Domäne der Kirche, und diese schrieb nicht in den Volkssprachen, sondern auf Latein. Sprachkontaktsituationen waren somit meistens mündlicher Art, vor allem handelnde und nomadisierende Völker kultivierten schon immer mehr als eine Sprache. Dennoch schien es bis vor kurzem so, daß Sprachkontaktsituationen beschränkt waren auf polyglotte Eliten, Bewohner von Sprachinseln oder von Minderheitenreservaten. Heute sind solche Situationen alltäglich.

Der renommierte österreichische Sprachwissenschaftler Mario Wandruszka stellte dazu unlängst fest:

"Die neuen Völkerwanderungen, die heute Europa in allen Himmelsrichtungen durchziehen, die Millionenheere der Gastarbeiter, der Flüchtlinge, Vertriebenen, Umsiedler, Neubürger, die 'multikulturellen Stadtviertel' und gemischtsprachigen Schulklassen, die Heuschreckenschwärme des Massentourismus, die Weltsportveranstaltungen, Monsterkongresse, Mammutkonferenzen, die unzähligen internationalen Organisationen und Institutionen, die multinationalen Konzerne, die mehrsprachigen europäischen Behörden, die pausenlos weltweit hin und her versetzten Informations- und Kommunikationsfluten der Massenmedien, die alltäglich simultan gedolmetschten Interviews und Pressekonferenzen, das alles macht uns immer deutlicher die überwältigende Vielsprachigkeit der Menschheit bewußt" (Wandruszka 1991: 9).

4. Die institutionelle Mehrsprachigkeit der EU

4.1 Anspruch

Besonders komplex stellt sich die mehrsprachige Situation in den auch von Wandruszka zitierten internationalen Organisationen und Institutionen dar. Um in den europäischen Institutionen einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, ist eine große Zahl von Übersetzern und Dolmetschern notwendig, deren Hauptbeschäftigung darin besteht, Arbeitsprozesse zu erleichtern, sei es in mündlicher Interaktion, sowie zum Beispiel in Arbeitsgruppensitzungen oder Plenartagungen des Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses oder des Rates, oder in geschriebener Kommunikation, so zum Beispiel bei Empfehlungen, Stellungnahmen, Verordnungen und Richtlinien der Kommission und anderer EU-Institutionen. Im Dezember 1992 führte der Generaldirektor des Übersetzungsdienstes der Kommission, Eduard Brackeniers, in einem Vortrag in der Ständigen Vertretung der EG in Bonn über die "Zukunft der Mehrsprachigkeit in der EG" insgesamt 1.200 Übersetzer, Terminologen und Re-

visoren in der Kommission, weitere 500 im Rat, 400 im Parlament und 120 im Wirtschafts- und Sozialausschuß auf. Diese sollen in Zusammenarbeit mit 650 beamteten Dolmetschern und einer großen Menge sogenannter Free-Lance-Kollegen - also »freien Mitarbeitern« - garantieren, daß der europäische Einigungsprozeß mit seinem ständig wachsenden Einfluß auf das Alltagsleben der »Eurobürger« nicht behindert wird von sprachlich begründeten Streitigkeiten bei den komplexen Bemühungen um Angleichung der einzelnen nationalen Rechtssprechungen, der sogenannten »Harmonisierung« der Gesetze. Insgesamt beschäftigen die Sprachendienste über 3'000 Mitarbeiter. Das bedeutet, daß 15 Prozent der EU-Beamten in diesen Diensten arbeiten, und das heißt auch, daß jeder vierte mit akademischer Ausbildung hier beschäftigt ist. Ein Drittel des Verwaltungsetats wird für Übersetzungsarbeiten ausgegeben, was allerdings insgesamt nur zwei Prozent des gesamten EU-Etats ausmacht (siehe hierzu vor allem auch Volz 1993: 74). Man könnte sagen, daß das eine kleine Summe ist, wenn man sie vergleicht mit den gigantischen Ausgaben für Agrar- oder Bergbausubventionen und ähnlichem.

Im Gegensatz zu den Vereinten Nationen mit sechs Arbeitssprachen - Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch - oder auch im Gegensatz zu der Selbstbeschränkung der NATO auf Englisch und Französisch als offizielle Sprachen, leistet sich die EU also den »Luxus« von neun koexistierenden Amtssprachen. Das ist deswegen nötig, weil die Europäische Union eine supranationale Organisation darstellt, also im Gegensatz etwa zur UNO oder NATO Rechtsakte verfaßt, die für die Mitgliedstaaten bindend sind. Daher müssen alle EU-Bürger das Recht haben, Texte, die für sie rechtlich verpflichtend sind, in ihrer jeweiligen Muttersprache lesen zu können. Gleichfalls muß es ihnen möglich sein, mit allen EU-Institutionen in einer Sprache ihrer Wahl, zumeist wird das die Muttersprache sein, zu kommunizieren. Dieses Prinzip führt zu einer Lücke zwischen offizieller EU-Ideologie und interner Arbeitspraxis. Die offizielle Ideologie besagt, daß der Übersetzungsdienst der EU - er wird übrigens als der beste der Welt eingeschätzt - darauf abzielt, neun gleichwertige Texte zu produzieren: das Ideal ist die Erstellung von neun Originalen. Ein besonderer Dienst, der Dienst der Sprachjuristen, der sogenannten *juristes linguistes*, überwacht die Korrektheit und Übereinstimmung der Originale mit den Übersetzungen.

4.2 Wirklichkeit

Trotz der offiziellen Gleichwertigkeit werden die EU-Amtssprachen in der Realität keineswegs gleich häufig verwendet. Als die EG in den fünfziger Jahren gegründet wurde, war Deutschland außenpolitisch noch weitgehend isoliert und keiner der verantwortlichen deutschen Politiker schien geneigt, Deutschlands Mitgliedschaft in der EG wegen Fragen einer sprachlichen Vorherrschaft riskieren zu wollen. So wurde in der Folge Französisch die erste, offiziell nicht existierende, Arbeitssprache der EG, war es doch die Nationalsprache zumindest eines Teils dreier Mitgliedstaaten, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs. Zudem war die dominierende Sprache in den drei europäischen Hauptstädten, in Brüssel, Luxemburg und Straßburg, Französisch. Laut Text der Richtlinie Nummer eins aus dem Jahre 1958, die bis heute die einzige Richtlinie ist, die mit Sprachproblemen in der EG zu tun hat, ist Amtssprache ein Synonym von Arbeitssprache. Wenn aber Journalisten über Sprachprobleme im EU-Kontext schreiben, benutzen sie in der Regel den Begriff Arbeitssprache im Sinne von Verkehrssprache. Und hier war Französisch bis 1973 eindeutig dominierend. In jenem Jahr änderten sich die Dinge ein wenig durch die Erweiterung der EG um zwei englischsprachige Länder, das Vereinigte Königreich und Irland, und um ein weiteres, das eine starke Orientierung hin zu Englisch als erster oder einziger Fremdsprache zeigt, Dänemark. Diese Tatsache etablierte Englisch als eine zweite Arbeitssprache in der EG.

Man sollte allerdings an dieser Stelle darauf hinweisen, daß die Wahl zweier Arbeitssprachen nicht erzwungen war, also nicht zurückgeht auf irgendeine offizielle oder halboffizielle Kampagne, sondern eher Folge eines freiwilligen und spontanen Kompromisses der Eurokraten der verschiedensten Länder ist, um eine gegenseitige Verständigung zu ermöglichen und um die Effizienz von Arbeitsvorgängen zu gewährleisten. In der EU-internen Textproduktion dominieren Französisch und Englisch eindeutig, wie aus der folgenden Übersicht für die ersten acht Monate des Jahres 1992 hervorgeht:

Textproduktion der EG-Kommission, Januar - August 1992:

Sprache	Seitenzahl absolut	Seitenzahl in %
Französisch	294'605	47,76 %
Englisch	213'142	34,56 %
Deutsch	40'343	6,54 %
Italienisch	13'341	2,16 %
Spanisch	13'008	2,11 %
Niederländisch	9'239	1,50 %
Griechisch	7'877	1,28 %
Portugiesisch	7'318	1,19 %
Dänisch	5'463	0,89 %
andere Sprachen	12'449	2,01 %
insgesamt	616'784	100,00 %

(nach Karker 1993: 37)

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß beispielsweise offizielle EU-Ausschreibungen zum Beispiel bei der Rekrutierung von Beamten die Kenntnis zweier offizieller EU-Sprachen erfordern. Das könnten in der Theorie Dänisch und Portugiesisch sein - eine gleichwohl unwahrscheinliche Kombination - oder Deutsch und Griechisch - schon eher wahrscheinlich, es könnte sich dabei um Einwanderer der zweiten Generation handeln; aber die Chancen für Kandidaten mit solchen Kombinationen sind recht klein, denn in der Realität sind immer Englisch und Französisch die beiden Sprachen, die gefordert werden, auch wenn dies nicht explizit so formuliert werden darf. Beherrschen Bewerber noch eine dritte Sprache, so gereicht ihnen das nicht zum Nachteil; nur sehr selten jedoch werden Mitarbeiter eingestellt, die noch Englisch- oder Französischkenntnisse erwerben müßten. Einige Gesprächspartner, die in den

sechziger Jahren angeworben worden waren, wissen zu berichten, daß es damals noch möglich war, in Crash-Kursen Fähigkeiten in einer der beiden »Arbeitssprachen« zu erwerben. Die Kenntnis von Französisch ist erforderlich, weil es immer noch die dominierende interne *lingua franca* ist, und Englischkenntnisse werden erwartet, weil es eben das weltweit dominierende Kommunikationsmittel in Wirtschaft und Handel, in Diplomatie und Politik, in Wissenschaft und Technologie sowie in Sport und Kultur ist. Diese Art Diskriminierung anderer Sprachen wird oft bedauert von deutschen Politikern, Unternehmern und Journalisten. Von Politikern oftmals, weil sie selbst einsprachig sind, von Industriellen, weil sie Benachteiligungen im EU-weiten Wettbewerb unterstellen. Es stimmt auch, daß Ankündigungen und Ausschreibungen von Gemeinschaftsprojekten oft nicht in anderen Sprachen als in Englisch oder Französisch vorliegen, oder wenn doch, dann mit Verzögerung. Andererseits kann man auch daran zweifeln, daß interessierte Lobbyisten nicht in der Lage sein sollten, die Originalpapiere zu verstehen. Und schließlich die Journalisten: sie sind ständig auf der Suche nach einer guten Story, und da eignen sich brisante sprachliche Eurothemen besonders¹.

¹ Beispiele für Presseschlagzeilen: "Schluß mit der Benachteiligung der deutschen Sprache". Deutsch als Amts- und Arbeitssprache in der Europäischen Gemeinschaft (Regensburger Bistumsblatt, 28.02.1993) - "Deutscher Sprache geht die Puste aus". International immer weniger zu hören / Wissenschaftler sprechen heute englisch (Schwarzwälder Bote, 18.03.1993) - "Zahlen ja - Sprechen nein". Wie EG deutsche Sprache unterdrückt (Deutsche Wochen-Zeitung, 07.05.1993) - "Eurokraten". Nix deutsch reden! (Bild, 14.05.1993) - "Deutsch in Brüssel zu teuer?" Warum zeigt Bonn nicht mehr Sportgeist im Sprachenkampf? (Die Welt, 23.06.1993) - "Absage an Deutsch als EG-Sprache?" (Berliner Zeitung, 30.06.1993) - "A modern tower of Babel". In Europe's single market, learning languages will be good business (Newsweek, 13.03.1989) - "Europe needs plain english". (Daily Mail, 14.11.1991) - "Bonn to EC: Sprechen Sie Deutsch?" (International Herald Tribune, 03.01.1992) - "Question allemande et question française". (La Croix, 09.01.1992). - "Duitse regering verwickeld in taalstrijd met EG-Kommissie". In Brussel is het al Frans en Engels wat de klok'slaat (De Standaard, 27.02.1992) - "Dansk er i fare". Små sprog fortrænges i EF (Politiken, 01.06.1992) - "La herencia de Babel en peligro". (El Pais, Montevideo, 12.11.1992) - "Le casse-tête des langues". (Le Monde Diplomatique, 02.1993).

4.3 Förderung der Mehrsprachigkeit

Wir haben eben gesehen, daß vor allem von deutscher Seite immer wieder Druck auf die Europäischen Gemeinschaften ausgeübt wird, doch endlich dafür zu sorgen, daß die vermeintliche Benachteiligung der deutschen Sprache abgestellt wird, Deutsch solle endlich dritte Arbeitssprache werden. Wie aber verträgt sich das mit dem europäischen Leitgedanken, daß alle offiziellen Nationalsprachen der einzelnen Mitgliedstaaten auch offizielle EU-Amtssprachen sind? Was etwa sollen die Spanier mit ihrer Weltsprache, die Italiener mit ihrer jahrhundertealten Kultursprache sagen? Und sollen die sogenannten kleineren Sprachen - Niederländisch, Dänisch, Portugiesisch und Griechisch - vielleicht ganz abgeschafft werden? In allen europäischen Mitgliedstaaten machen sich verstärkt nationalistische Strömungen bemerkbar; ich als Wissenschaftler halte es allerdings nicht für den richtigen Weg, mit der Brechstange andere Völker zwingen zu wollen, Deutsch zu lernen - etwa mit Argumenten wie "Deutschland ist der Zahlmeister Europas" und "Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist Deutsch mit Abstand die Sprache mit den meisten Muttersprachsprechern in Europa". Aber ich befürworte natürlich, daß Menschen *mehrsprachig* werden. Ich setze allerdings hier mehr auf die *Freiwilligkeit*; wenn Sie so wollen, vertraue ich in diesem Punkt zu einem gewissen Grad marktwirtschaftlichen Gesetzen, die meiner Meinung nach auch für Sprachen gelten oder gelten müßten.

Es gibt immer gute Gründe, eine andere Sprache zu erlernen: Die einen - wie Englisch und Deutsch - lernt man eher aus wirtschaftlichen Motiven, andere - wie Französisch, Italienisch oder Spanisch - eher aus touristischen Erwägungen oder möglicherweise auch des - wie man so sagt - schönen Klanges wegen; wieder andere Sprachen lernt man aus literarischen Motiven oder ganz schlicht, weil es der Arbeitsplatz erfordert. Man kann Menschen nicht dazu zwingen, Deutsch zu lernen, wenn sie es nicht lernen wollen, es sei denn, man revolutioniert Schulsysteme und führt überall Deutsch als Pflichtfach ein - zu Lasten der anderen Sprachen. Aber können wir das wollen? Ich glaube es nicht. Im übrigen zeigt ja das Beispiel des Russischen eindeutig auf, daß es nichts nützt, in Satelliten- oder verbündeten Staaten eine Art Zwangsunterricht der Sprache des "großen Bruders" zu oktroyieren: Polen, Ungarn, Tschechien, in der Slowakei, Rumänien und Bulgarien und nicht zuletzt in der DDR war Russisch Pflichtfach, die Leute vergaßen die Sprache aber auch so

schnell wie möglich wieder. Heute, wo in diesen Staaten alle frei auswählen können, welche Sprache sie lernen wollen, zeigt sich, daß nur noch eine Minderheit Russisch wählt. Die Länder wenden sich hin nach Westeuropa - auch auf längere Sicht -, zur Europäischen Union, und die Menschen möchten dann doch lieber Englisch, Deutsch oder Französisch sprechen lernen.

4.4 Vor der Erweiterung der EU

4.4.1 Eine Sprache für das institutionelle Europa ?

Seit dem 1. Januar 1993 haben wir den Europäischen Binnenmarkt. Durch die »Maastrichter Beschlüsse« im Herbst 1991 ist festgelegt worden, daß bald die Wirtschafts- und Währungsunion kommen wird, an deren Ende dann die Politische Union stehen soll. Die sogenannte europäische Idee ist nicht mehr so leicht zu vermitteln wie früher. Viele halten die EU für verantwortlich für wirtschaftliche Krisen in ihren eigenen Ländern. Die dänische Bevölkerung lehnte in einem ersten Referendum den Vertrag von Maastricht ab, Frankreichs Wahlberechtigte stimmten ihm nur knapp zu. Bauern aus Frankreich, Fischer aus Spanien, dann wieder umgekehrt, Bergleute in Ostdeutschland und so weiter und so fort, demonstrieren gegen die Europäische Union. Dennoch wird allgemein eingesehen, daß Europa in den nächsten Jahren zusammenwachsen wird, und damit auch diejenigen, die dieses Europa bilden, also die Europäer. Da sie sehr viele verschiedene Sprachen sprechen, muß man regeln, wie sie sich verständigen werden, ob man also weiterhin sprachliche Vielfalt gelten läßt oder ob man sich an einer, zwei, drei oder gar vier Verkehrssprachen orientiert, womit natürlich die Bedeutung der kleineren Sprachen drastisch nachlassen würde. Es gibt da ein großes Vorbild: die Vereinigten Staaten von Amerika. Dort muß über kurz oder lang jeder Einwanderer, der am sozialen Aufstieg teilhaben will, Englisch sprechen. Das Leben über Generationen in der Muttersprache weiterzuführen ist ein Luxus, den sich nur diejenigen gönnen können, die ein Leben in »Sondergruppen« führen, religiöse Kleingruppen etwa wie Altamische, Altordnungsmennoniten und Hutterer, die in ihren Dörfern ein altertümliches Deutsch pflegen, in Reservate gepferchte Indianer, orthodoxe Juden, die sogenannten Ladinis oder Hispanics, also Zuwanderer aus Mexiko oder Puerto Rico,

und schließlich Zuwanderer, die sich in ghettoähnlichen Siedlungen zusammenschließen wie Chinatown oder polnischen, ukrainischen und italienischen Vierteln.

So könnte auch die europäische Zukunft aussehen, wenn wir uns darauf einigen würden, Englisch zur allein verbindlichen Amts- und Verkehrssprache in Europa, der Arbeits- und Verhandlungssprache in den Institutionen der Europäischen Union zu definieren. Das kann nicht das Ziel eines multikulturellen Europas sein.

4.4.2 Der Preis der institutionellen Mehrsprachigkeit

Soweit sind wir jedenfalls in der EU (noch) nicht. Das Beharren auf Verdolmetschung in alle Amtssprachen führt allerdings manchmal auch dazu, daß etwa in Fachgruppensitzungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses, in denen aus allen Sprachen in alle Sprachen gedolmetscht werden muß (da das eben so in den Römischen Verträgen vorgesehen ist), mehr Dolmetscher sind als Gruppenmitglieder, da jede der neun Amtssprachen mit drei Dolmetschern vertreten ist. Das ist schon deswegen nötig, weil Dolmetscher nicht nur hin und wieder Pausen benötigen, sondern weil sich wohl kaum Dolmetscher finden lassen, die alle neun EU-Sprachen beherrschen. Da also das Prinzip der neun zu neun (9:9-)Übersetzung besteht, gibt es heute eine denkbare Übersetzungskombination von 72 Möglichkeiten. Da es nicht immer gelingt, zum Beispiel Dolmetscher zu finden, die vom Dänischen ins Portugiesische oder vom Niederländischen ins Griechische übersetzen können, behilft man sich dann und wann mit sogenannten Relaisübersetzungen, das heißt der Dolmetscher bezieht sich auf die Übersetzung ins Französische oder Englische, was zu erheblichen Verzögerungen bei der Rezeption führen kann. Eine in Brüssel kreisende Anekdote weiß zu berichten, daß ein Redner einen Witz macht; diejenigen, die ihn im Original hören und verstehen, lachen gleich; diejenigen, die ihn direkt übersetzt erfahren, lachen dann, und schließlich lachen als letzte - die Dänen, nicht weil sie besonders schwer von Begriff sind, sondern weil sie als letzte in den Genuß einer Übersetzung kommen (siehe hierzu auch Born 1992). Wenn wir schon bei Witzen sind: sie zeigen besonders kraß auf, wie schwierig interkulturelle Kommunikation sein kann. Nicht jeder Franzose kann einen Witz lustig finden, über den sich ein Brite schief lacht. Ein deut-

scher Ostfriesenwitz ist für Portugiesen unverständlich, ein solcher aus Portugal über die *alentejanos* umgekehrt für Deutsche, und so weiter und so fort. Das hängt natürlich nicht nur mit unterschiedlicher Denkart und Mentalität zusammen: Da die Übersetzbarkeit dessen, was bei gemeinsamen Treffen in mehrsprachigen Gruppen gesagt wird, gewährleistet sein soll und muß, führt das oftmals zu einer freiwilligen Restriktion des Repertoires: Außer auf Witze wird auch auf Wortspiele, auf Ironie, Sarkasmus und sonstige humorige Elemente verzichtet. Hält sich nun doch einmal ein Redner nicht daran und versucht sich mit einem Witz, lachen nicht nur die Dänen als letzte, es kann sehr gut passieren, daß der Dolmetscher sagt: "Der Redner hat gerade einen Witz gemacht. Dieser Witz ist nicht zu übersetzen. Wenn Sie aber bitte aus Höflichkeit doch lachen könnten ..."

4.4.3 Bald zwei Dutzend Amtssprachen ?

Wir haben zur Zeit, wie wir gesehen haben, ein Europa der zwölf Nationen, ein Europa mit neun Amtssprachen. Damit ist der Begriff "Europa" natürlich sehr eingengt, weil er hier für eine Reduzierung des Terminus auf die Staaten, die Mitglieder der Europäischen Union sind, steht. Dieses Europa, das institutionalisierte Europa, wird wohl in absehbarer Zeit weiter wachsen. Es ist festgeschrieben, daß jedes europäische Land die Mitgliedschaft in der EU beantragen kann. Eine Reihe von Ländern hat dies bereits getan: Finnland, Liechtenstein, Malta, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, die Türkei und Zypern haben eine offizielle Kandidatur für EU oder Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angemeldet. Möglicherweise folgt bald Island. Dann wären bis auf die Zwergstaaten Andorra, Monaco, San Marino und den Heiligen Stuhl alle zum ehemaligen "Westblock" gehörenden Länder EU-Mitglieder. Das sind aber bei weitem nicht alle Länder: Längst laufen Kooperationsverhandlungen mit den Ländern des ehemaligen "Ostblocks" - und das sind ja wesentlich mehr geworden. Während Ungarn, Rumänien, Polen, Bulgarien und Albanien wohl - wenn nicht alles täuscht - als Staaten bestehen bleiben werden, ist die Sowjetunion bereits zerfallen, gibt es fünfzehn Nachfolgestaaten, toben im ehemaligen Jugoslawien Kriege zwischen den Nachfolgestaaten Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und auch Tschechen und Slowaken haben sich dazu entschieden, ihren gemeinsamen Staat aufzulösen. Sie alle werden irgendwann versuchen, der Europäi-

schen Union beizutreten, um auch für sich günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen herbeizuführen. Das wird sicherlich noch einige Jahre dauern, aber die auf die EU zukommenden Probleme werden dadurch auch in sprachlicher Hinsicht größer werden. Ich habe vorhin schon gesagt, daß wir im Moment neun Amtssprachen in der EU haben, daß die potentielle Dolmetschkombination 72 beträgt. Treten aber all die genannten Länder im Laufe der Zeit der EU bei, werden wir - wenn wir so weiter verfahren wie im Moment, also: nationale Amtssprache gleich EU-Amtssprache - eventuell bis zu 28 Amtssprachen haben: es kämen nämlich Schwedisch, Finnisch, Maltesisch, Türkisch, Ungarisch, Polnisch, Russisch, Ukrainisch, Weißrussisch, Estnisch, Litauisch, Lettisch, Rumänisch, Norwegisch, Tschechisch, Slowakisch, Isländisch, Slowenisch und Kroatisch hinzu; die schon jetzt absurd scheinende Zahl der 72 Dolmetschkombinationen würde explodieren - es gäbe 756 potentielle Übersetzungsmöglichkeiten. Nun sind wir ja noch nicht so weit. Zum ersten dauert es noch einige Zeit, bis dieses Europa politisch dergestalt zusammenwächst, daß wirklich alle Länder mit vollen Rechten partizipieren; zum anderen stellt eine solche Sprachenregelung gerade kleinere Länder wie Island oder Malta vor unlösbare Aufgaben. Man muß sich vorstellen, daß bei jeweils rund 300'000 Einwohnern dann ja jeder Zweite nach Brüssel als Dolmetscher oder Übersetzer gehen müßte. Damit wären dann die Malteser und Isländer alle Europäer im wörtlichsten Sinne.

Man könnte das Ganze als Spinnerei abtun. Wie soll man denn auch annehmen, daß alle diese Staaten bald Mitglieder der EU werden, wo doch die Union schon genug Probleme hat? Und dann wohl auch alle noch ihre Landessprachen als offizielle EU-Sprachen durchsetzen? So hypothetisch ein solch multilinguales Europa auch sein mag, derzeit ist es zumindest geltendes Recht, alle nationalen Amtssprachen als gleichwertig anzusehen. Man kann mit einigem Recht einräumen, daß, bis die Staaten des ehemaligen Ostblocks in die EU aufgenommen werden, sicher noch zwanzig Jahre vergehen werden. Andererseits aber scheinen die Anträge Schwedens, Finnlands, Norwegens, der Schweiz und Österreichs in wirtschaftlicher Hinsicht eher problemlos zu sein. Es ist also damit zu rechnen, daß sie positiv beschieden werden und diese Staaten bald Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sein werden. In sprachlicher Hinsicht ist das mit Österreich recht einfach: die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist deutschsprachig, nur kleine Minderheiten sprechen dort Ungarisch, Kroatisch und Slowenisch. Da aber Minderheitensprachen, so-

genannte regionale oder subnationale Sprachen, nicht als offizielle Sprachen gelten, wird dadurch, daß Deutsch schon Amtssprache ist, kein Handlungsbedarf in linguistischer Sicht zu verzeichnen sein. Ähnliches gilt für die Schweiz: zwar ist sie offiziell viersprachig und in vier sprachlich-territoriale Gebiete aufgeteilt, ein deutschsprachiges, ein französischsprachiges, ein italienischsprachiges und ein rätoromanischsprachiges, aber es ist wohl anzunehmen, daß die Schweizer Verantwortlichen nicht darauf drängen werden, das Rätoromanische, das nur von etwa 50'000 Menschen gesprochen wird, zur EU-Amtssprache zu machen, die anderen drei Sprachen - Deutsch, Französisch und Italienisch sind ja bereits Amtssprachen. Allerdings - und das hat jetzt gar nichts mit Sprache zu tun - ist ja noch gar nicht sicher, ob sich das Schweizer Volk, das ja in einem demokratischen Volksentscheid über seine Mitgliedschaft mitbestimmen darf, überhaupt dafür aussprechen wird. Ganz so einfach wie bei Schweizern und Österreichern wird es im Falle Finnlands, Norwegens und Schwedens nicht werden. Zwar sprechen fast alle Skandinavier ein - verglichen mit Deutschen oder Franzosen - geradezu hervorragendes Englisch; aber die im Moment geltende Rechtslage würde eben vorschreiben, daß ihre jeweiligen Landessprachen offizielle EU-Amtssprachen würden. Ich habe Sie nun schon einige Male mit den potentiellen Dolmetschkombinationen strapaziert, jetzt tue ich es ein letztes Mal. Bei dann elf Amtssprachen gäbe es immer noch 110 dieser Möglichkeiten. Das stößt auch schon jetzt praktisch auf riesige Probleme. Die meisten Tagungssäle sind derart eingerichtet, daß gerade die Dolmetscherkabinen für neun Sprachen hineinpassen. Diese Kabinen wiederum sind höchstens für drei Personen ausgerichtet. Eine Vermehrung der Amtssprachen würde also auch Umbauarbeiten, möglicherweise Gedränge und Gequettsche, vor allem aber die Ausbildung neuer Dolmetscher erforderlich machen.

4.5 Einschränkung der institutionellen und Ausbau der individuellen Mehrsprachigkeit

Was kann man da tun? Eine Möglichkeit, die schon heute praktiziert wird, ist, daß aus allen Sprachen übersetzt wird, aber nicht in alle. Ich habe zum Beispiel an einer Sitzung teilgenommen, bei der offiziell in fünf Sprachen gedolmetscht wurde, in diesem Fall ins Deutsche, Englische, Griechische, Italienische und Spanische. Da aber auch ein Nieder-

länder Mitglied dieser Studiengruppe war, wurde explizit darauf hingewiesen, daß er Niederländisch sprechen dürfe, er allerdings bei der Übersetzung auf eine der fünf genannten Möglichkeiten zurückgreifen müsse.

Die Angehörigen der sogenannten großen Völker der EG, Deutsche, aber vor allem auch die oftmals als sprachfaul geltenden Engländer und auch die Franzosen, bewundern immer wieder die Fähigkeit, wie Belgier, Niederländer, Portugiesen oder Dänen in der Lage sind, auf eine Verdolmetschung in ihre Muttersprache zu verzichten, ohne einen sichtbaren Informationsverlust zu erleiden. Ich selber bin von meiner Ausbildung her Romanist und habe trotzdem sehr viel Mühe, alle Diskussionen, in denen zwischen den verschiedenen Sprachen hin und her gewechselt wird, im Original - also ohne Kopfhörer - detailgetreu mitzubekommen. Ich versuche es bisweilen, aber es will mir nicht recht gelingen. Und so bewundere ich dann doch immer wieder einen mir bekannten niederländischen Abgeordneten, der wie selbstverständlich bei englischen, französischen, deutschen und italienischen Redebeiträgen seine Kopfhörer absetzt und aufmerksam die Redebeiträge in ihrer Ursprungssprache verfolgt und selbst auch seine Beiträge auf englisch oder französisch formulieren kann.

Auch die Portugiesen, die jahrzehntelang unter ihren Diktatoren Salazar und Caetano *orgulhosamente só* ("stolz allein") Distanz zum restlichen Europa halten mußten, taten dies sprachlich glücklicherweise nicht und entsenden ausgesprochen polyglotte Beamte nach »Europa«. Ja, selbst die Griechen, denen man bisweilen Egoismen zuschreibt, die notwendige »Euro-Reife« abspricht und deren Ratspräsidentschaft man sehr skeptisch entgegensah, haben ihre sprachliche Reifepfung offenbar zur Zufriedenheit zumindest des europhilen Zeit-Berichterstatters Klaus-Peter Schmid bestanden, der vor kurzem enthüllte:

"Die Griechen demonstrierten dabei, daß sie Minister zum Vorzeigen haben. Kaum einer brauchte den Kopfhörer, um Englisch und Französisch zu verstehen, viele haben internationale akademische Weihen. Ein paar Kostproben? Regierungschef Andreas Papandreou war Professor der Nationalökonomie im kalifornischen Berkeley, Europaminister Theodoros Pangalos leitete ein Institut an der Pariser Sorbonne, Industrieminister Constantin Simitis lehrte als Jura-Professor an der Uni Gießen. Außenminister Karolos Papoulias machte im-

merhin seinen Doktor an der Kölner Uni, sein Kollege Jannos Papantoniou in Cambridge. Auch ein in solcher Umgebung eher exotischer Vogel wie Kulturministerin Melina Mercouri (...) verstand es routiniert, ihren reifen Charme polyglott an die Zuhörer zu bringen" (Schmid 1994: 20).

Der Niederländer Cees Nootboom hat im Moment sehr viel Erfolg mit seinen »Ritualen«, aber er hat auch ein sehr kluges Essay zum Thema "Wie wird man Europäer?" verfaßt, in dem er aus der Sicht kleinerer Länder, in denen der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen selbstverständlich ist, mit uns abrechnet:

"Wir verabscheuen die Betise der großen Länder, die keine anderen Sprachen sprechen außer der eigenen und die dafür sorgen, daß das auch in nächsten Generationen so bleibt, indem sie im Fernsehen und in den Kinos alle anderen Sprachen hinter ihrer eigenen camouflieren, so daß sogar der Klang anderer Sprachen unterschlagen wird" (Nootboom 1993: 16).

4.6 Der Status der Minderheitensprachen

Bisher haben wir uns hier ausschließlich auf die Amtssprachen der Mitgliedstaaten der EU konzentriert. Daneben existiert aber auch eine Vielzahl nationaler Sprachen, die je nach Mitgliedstaat - im günstigsten Falle - regionalen Amtssprachencharakter genießen können (so etwa Deutsch in Belgien, Baskisch in Spanien) oder - im ungünstigsten Falle völliger Mißachtung unterliegen (so wie etwa Aromunisch in Griechenland oder Kroatisch in Italien). Je nach Definition ("Was ist Sprache?" "Was ist Dialekt?") zählt man so zwischen 25 und 30 Sprachen, die nicht offizielle EU-Sprachen sind. Um diese kümmert sich unter dem EU-Mantel ein »Bureau for Lesser Used Languages« mit Sitz in Dublin.

Allein auf dem Territorium der Bundesrepublik leben drei sogenannte autochthone, also einheimische Minderheiten: Dänen, Friesen und seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch die eine slawische Sprache sprechenden Sorben. Das Beispiel der Dänen macht deutlich, daß auch durchaus Sprecher von Amtssprachen der EU in Gebieten leben, wo sie Minoritätenstatus genießen (so etwa auch deutschsprachige Südtiroler und Elsässer, sofern sie - noch - Deutsch sprechen oder Kor-

sen). Innerhalb der EU herrscht nicht nur ein Gefälle innerhalb der Amtssprachen einerseits und zwischen Amtssprachen und nationalen Sprachen andererseits, es ist vielmehr durch entschiedene Elaborierungs- und Propagierungsmaßnahmen beziehungsweise deren Unterlassung eine starke Variationsbreite des soziolinguistischen Gewichts der einzelnen Minderheitensprachen entstanden. Drei Beispiele mögen hier stellvertretend genannt sein: Die keltische Sprache Irisch ist Nationalsprache in Irland, aber nur in den seltensten Fällen noch die Muttersprache der Iren. Intensive Förderungsmaßnahmen zugunsten des Irischen seit der Unabhängigkeit 1921 haben nicht verhindern können, daß sich Englisch durchsetzte und Irisch nur noch in entlegenen Landstrichen praktiziert wird. Die Konsequenz war, daß die Republik Irland darauf verzichtete, Irisch als EG-Amtssprache zu etablieren, so daß die EU-Publikationen für Irland lediglich auf englisch erscheinen. Anders verhält es sich mit dem Katalanischen: Zu Francos Zeiten war es unterdrückt, es wurde aus dem Schulwesen verdrängt und in der öffentlichen Verwendung behindert. Die Katalanen bilden heute die größte Minderheitensprachgruppe in der EU. Etwa 7 Millionen Menschen sprechen Katalanisch - im Vergleich dazu sprechen etwa nur 5 Millionen Dänisch. Die Katalanen streben eine Aufwertung ihres Idioms in den Institutionen der EU an. Vom sprachlichen Selbstbewußtsein der Katalanen haben wir uns alle überzeugen können, als bei den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona das Katalanische als vierte offizielle Sprache - neben Englisch, Französisch und Spanisch - etabliert wurde. Dabei konnte man manchmal das Gefühl bekommen, Katalanisch wäre die erste Sprache. Schließlich haben es die Katalanen - nach unzähligen Eingaben an Kommission und Parlament - erreicht, daß das Europäische Parlament sich ihre Forderungen zu eigen machte und eine Aufwertung des Katalanischen in den Organen der EG befürwortete. Noch anders stellt sich die Lage im Großherzogtum Luxemburg dar: Die Volkssprache das Lëtzebuergesch, das etwa zwei Drittel der Bevölkerung sprechen (der Rest sind Ausländer, vor allem Portugiesen und Italiener), ist ohne Zweifel streng linguistisch gesehen ein Dialekt des Deutschen, und zwar eine moselfränkische Varietät. Heute ist aber dieses Lëtzebuergesch neben Französisch und Deutsch die dritte Landessprache Luxemburgs, und es wurden Grammatiken, Lehr- und Wörterbücher entwickelt, es werden Radio- und Fernsehprogramme ausgestrahlt und schließlich in den Luxemburger Tageszeitungen Beiträge in diesem ausgebauten Dialekt verfaßt.

5. Sprachkontakt und Sprachkonflikt

Die Sprachenvielfalt Europas wird vor allem in den Hauptstädten durchaus als Bereicherung empfunden. Zwar murren die Einheimischen in Brüssel immer wieder über die Eurokraten, die die Preise für ihren Wohnraum und für die Gastronomie in die Bereiche der Astronomie hieften, der mehrsprachige Zugewanderte jedoch möchte auf das internationale Flair nicht verzichten. Ähnliches gilt sicher auch für Städte wie London, Paris oder Berlin. In sozialen Brennpunkten aber, dort wo Wohnungen fehlen, wo Arbeitslosigkeit herrscht und wo gesellschaftliche Randgruppen angesiedelt werden, wird Fremdsprachigkeit, wird Multikulturalismus oft als bedrohlich empfunden und daher eher feindselig aufgenommen.

Sprachkonflikt ist nicht zuletzt auch ein sozialer Konflikt: Italiener fühlen sich heute in Südtirol von der wirtschaftlich dominanten deutschsprachigen Bevölkerung an den Rand gedrückt, mit der Folge, daß sie den Neofaschisten zuströmen. Auch der belgische Sprachenkampf hat soziale Ursachen: Wallonen fühlen sich heute von Flamen unterdrückt, letztere sehen oft nicht ein, warum sie die "armen Brüder" aus der Wallonie mitfinanzieren sollen. Man könnte weitere Gruppen anführen: Basken und Katalanen in Spanien, vor allem aber die unzähligen ethnischen Konflikte in den früheren Staaten des Warschauer Paktes.

Sprachlichen und sozialen Zündstoff wird die Europäische Union bei ihren angesichts künftiger EU-Erweiterungen anstehenden institutionellen Reformen berücksichtigen müssen. Weitverbreiteten sprachlichen »menefreghismo« Wurstigkeit, wie sie sich auch in einem Redebeitrag eines deutschen WSA-Mitglieds äußert, wird sie sich auf Dauer nicht leisten können:

"Wir müssen zwei Fragen institutioneller Art ..., und zwar die Zahl der Sitze im Europäischen Parlament und die Rolle der Kommission und die Zahl ihrer Mitglieder sofort lösen. Alles andere - Amtssprachen und das ganze pipapo - da gibt es ja viele Fragen, das kann man später ..."

6. Thesen für ein mehrsprachiges Europa

Da »europäische Identität« in der Regel durch »Multikulturalismus« und »Plurilingualismus« definiert und auch begründet wird, sollen hier noch einmal einige Ideen aufgeführt werden, die ein Mosaiksteinchen auf dem Weg zur Vollendung der Union sein könnten. Diese Gedanken sind nicht neu, sie sollen nur noch einmal in aller Kürze Gedanken anderer zusammenfassen und bewerten:

1. Zwei Fremdsprachen sollten für jeden EU-Bürger Standard werden, nicht länger eine Ausnahme sein. Das gilt insbesondere auch für das Vereinigte Königreich. Gerade britische Eurokraten haben ein ambivalentes Verhältnis zur Mehrsprachigkeitsproblematik: Ihr Eingeständnis fehlender Fremdsprachenkenntnisse bleibt konsequenzlos.
2. Fremdsprachenunterricht sollte spätestens ab einem Alter von acht Jahren einsetzen, wie das in einer Reihe von Ländern heute schon selbstverständlich ist.
3. Man müßte erwägen, ob Englisch erst als zweite Fremdsprache unterrichtet werden sollte, angesichts der Tatsache, daß es keinerlei Motivationsdefizit gibt, es zu erlernen. Allerdings bin ich mir der Tatsache bewußt, daß es schon heute vielfach nicht gelingt, Schülern ausreichende Kenntnisse in *einer* Fremdsprache (in Englisch) zu vermitteln, die sie in Stande setzen, im Sinne einer europäischen Integration zu kommunizieren. In einer Broschüre über »Sprachen im Europa von morgen« konstatieren die Verfasser:

"Die Forderung des Europäischen Parlaments und der EG, daß jeder Bürger mindestens eine Fremdsprache sprechen möge, ist in der Bundesrepublik statistisch zu einem großen Teil erfüllt. Unbefriedigend ist, daß diese Sprache fast nur das Englische ist. Unbefriedigend ist vor allem im Höheren Schulwesen, daß nicht mehr Schüler mehr Sprachen lernen, insbesondere mit dem Ziel des Verstehens anderer Sprachen" (Finkenstaedt/Schröder 1992: 37).

Das Plädoyer zugunsten einer Diversifizierung der Sprachenwahl leitet über zu einem Modell, stärker rezeptive, also "passive" Sprachkenntnisse zu fördern:

4. Wir müssen unsere Vorstellung von sprachlicher Höflichkeit revidieren: Man sollte nicht versuchen und versuchen müssen, in einer Fremdsprache, also beispielsweise in einem *Basic English*, zu kommunizieren, um beim Gesprächspartner Ressentiments zu vermeiden. Der sogenannte »polyglotte Dialog« (siehe Posner 1992): jeder spricht die Sprache, die er am besten beherrscht, gewährleistet, daß weniger Information verloren geht als in irgendwelchen Kauderwelschversuchen. Der schon anfangs erwähnte deutsche Kabinettschef Marcell von Donat beschreibt in seinen Ausführungen über »Kommunikationsstreß in den EG-Institutionen« sehr anschaulich, wozu der Verzicht auf die Muttersprache führen kann:

"Ich muß auf Nuancierungen verzichten. Das Nichtgesagte, und das ist in der diplomatischen Kommunikation oft das Entscheidende, wird unter Umständen nicht erkennbar und führt zu Mißinterpretationen meiner Stellungnahme. Ich kann weniger signalisieren, sondern muß alles aussprechen, was nur verwirrt oder Konflikte aufreißt" (von Donat 1993: 80).

Daß eine auf "Verstehen aufbauende Kommunikation" durchaus praktikabel ist, unterstreichen Finkenstaedt/Schröder (1992: 37f.) gerade mit Verweis auf Skandinavien, aber auch auf die rezeptive Zweisprachigkeit der Finnlandschweden, der Elsässer und Kanadier sowie einer Reihe slawischer Völker.

5. Im Sinne einer Regionalisierung Europas sollten ferner Maßnahmen ergriffen werden, die dem Schutze sprachlicher Minderheiten dienen, allerdings mit der Einschränkung, daß die betroffenen Minderheiten dies auch wünschen.
6. Die oftmals ins Spiel gebrachte Einigung auf eine Kunstsprache (Esperanto) oder eine tote Sprache (Latein) - mit dem Argument, daß alle Europäer dann den gleichen sprachlichen Aufwand zu betreiben hätten - verspricht wenig: Die Akzeptanz, solche Sprachen zu erlernen, ist noch weitaus geringer als bei modernen, »lebenden« Sprachen.

Europessimismus und Euroskeptizismus einerseits, Wiedererstarben von Nationalismus und kurzfristigem Isolationismus andererseits haben die europäische Idee zunehmend unpopulär gemacht. Es ist anzunehmen, daß

die Bewohner der Mitgliedstaaten ein »Vereintes Europa« nur dann akzeptieren werden, wenn die gewachsenen Kulturen und Sprachen erhalten bleiben.

Einem Vortrag an einer Tagung zur "Mehrsprachigkeit in einer interdependenten Welt" (Toronto 1993) hatte ich ein Wort des ehemaligen britischen Kommissionsmitglieds Christopher Tugendhat vorausgeschickt:

"Canadians and others engaged in the difficult task of trying to develop bicultural and bilingual institutions within a single country come to Brussels to see how it is done" (Tugendhat 1986: 139).

Das ist sicherlich sehr optimistisch, aber man könnte es mit aller gebotenen Vorsicht vielleicht umformulieren etwa derart:

"Europäer, die ihr etwas über sprachliches Miteinander lernen wollt, fahrt in die Schweiz, schaut euch an, wie eine plurilinguale Willensnation versucht, Kommunikationsprobleme zu lösen".

Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn sich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger entschließen könnten, ihren multikulturellen Staat in das Experiment »Europäische Union« einzubringen.

7. Literatur

- BORN Joachim (1992), Eurospeak + Eurotexte = Eurolinguistik? Anmerkungen zu sprachlichen Gewohnheiten im Brüsseler "Euro-Alltag", *Sprachreport* 1992, H. 2-3, S. 1-4.
- BORN Joachim (1993), Bauen wir Babel? Zur Sprachenvielfalt in der Europäischen Gemeinschaft, *Sprachreport* 1993, H. 1, S. 1-3.
- DONAT Marcell (1993), Der Kommunikationsstreß in den EG-Institutionen, in: Joachim Born, Gerhard Stickel (Hgg.), *Deutsch als Verkehrssprache in Europa. Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache* 1992, Berlin/New York, S. 77-87.
- FINKENSTAEDT Thomas, SCHRÖDER Konrad (1992), *Sprachen im Europa von morgen*, Bern usw.

- KARKER Allan (1993), Dansk i EF - en situationsrapport om sproget
Kobenhavn Gad og Oslo (= Nordisk Spraksekretariats Skrifter 16).
- MANN Thomas (1926), Der deutsche Genius, in: Thomas Mann, *Reden und Aufsätze*, Frankfurt a.M. 1960, Bd. 10, S. 656-660.
- MANN Thomas (1959), Pariser Eindrücke, in: Thomas Mann, *Reden und Aufsätze*, Frankfurt a.M. 1960, Bd. 11, S. 514-516.
- NOOTEBOOM Cees (1993), Wie wird man Europäer? Frankfurt a.M., (= edition Suhrkamp 1869, NF, Bd. 869).
- POSNER Roland (1992), Maximen der Sprachverwendung im europäischen Kulturverbund, *Sprachreport 1992*, H. 2-3, S. 4-5.
- REICH Charles (1991), Die Politische Union, in: Moritz Röttinger, Claudia Weyringer (Hgg.), *Handbuch der europäischen Integration. Strategie - Struktur - Politik im EG-Binnenmarkt*, Wien 1991, S. 329-357.
- SCHMID Klaus-Peter (1994), Jetzt oder nie, *Die Zeit* vom 4.2.1994, Nr. 6, S. 28.
- TUGENDHAT Christopher (1986), Making Sense of Europe, Harmondsworth 1986.
- VOLZ Walter (1993), Deutsch im Übersetzeralltag der EG-Kommission, in: Joachim Born, Gerhard Stickel (Hgg.), *Deutsch als Verkehrssprache in Europa. Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1992*, Berlin/New York, S. 64-76.
- WANDRUSZKA Mario (1991), »Wer fremde Sprachen nicht kennt...«, München/Zürich 1991.